

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortliche
Redaktion
Riesau Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamtes Riesau und des Landratsamtes Reichen bedingungslos bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesau Nr. 52.

Nr. 208.

Mittwoch, 31. August 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/4 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Barm. Für den Fall des Eintretens von Preissteigerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgegeben die Nummer des Kundgebotes sind bis 1 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 25 Geld-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Geld-Pfennige; je länger dauernde und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Zuschläge für den Nachdruck. Wenn der Auftrag durch den Auftraggeber in Konkurs gerät, jährlings- und Erfüllungsort: Riesau. Nichtige Unterhaltungsbeiträge sind in der Regel für die Dauer von 12 Monaten zu zahlen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Retentionsdruck und Verlag: Bangs & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Poststraße 55. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesau.

Der Sanonarola des Völkerbundes.

Unter den maßgebenden Verantwortlichen des Völkerbundes spielte der offizielle englische Vertreter in Genf, Lord Cecil, bisher die Rolle eines Sanonarola des Völkerbundes, d. h. eines solchen, verbindlichen Kämpfers, voll erklärter lauterer Bestimmung und ehrlicher Ueberzeugungskraft, eines Kämpfers für eine Idee, der er sich voll inhaltlich verschrieben hatte und die zu verwirklichen seine Lebensaufgabe ist. Lord Cecil kämpfte für die Idee der Abrüstung, für eine wirkliche Abrüstung, nicht für die Propagierung des Schlagwortes, wie andere Repräsentanten des Völkerbundes es mit mehr oder weniger Erfolg taten. Dieser ehrliche Förderer des Weltfriedensgedankens hat nunmehr in einem Brief an seinen Vizepräsidenten, der an Deustschland nichts zu wünschen übrig läßt, seinen Rücktritt aus dem englischen Kabinett offiziell mitgeteilt. Wenn Lord Cecil in seinem Schreiben an Baldwin auch in der Hauptsache sich gegen die Methoden der englischen Abrüstungspolitik wendet, so darf der Vorwurf, den er erhebt, nicht allein als zu die Adresse der englischen Regierung gerichtet gelten, sondern wohl auch an den Völkerbund selbst, der es in den Jahren seines Bestehens bisher noch nicht verstanden, die größte Idee, die er in seinen Statuten eingeschrieben hatte, auch nur einen Schritt ihrer Verwirklichung näher zu bringen. England ist nicht der Hauptschuldige an diesem Vergehen. Der Verantwortliche ist in Paris zu suchen. Vielleicht in der Person des Herrn Lloyd George, dessen Diktatur allgemal die Politik des Landes sich zu bewegen hatte. Die französischen Militärs wollten keine Abrüstung, weil eine auch nur teilweise Abrüstung den aufs höchste angespannten Rüstungsstand Frankreichs berühren könnte und Frankreichs Siegermacht wohl nur mit diesem Rüstungsstand steht oder fällt. Benachteiligt nach Ansicht des Herrn Lloyd George, die nun einmal im Lande die Macht haben und daher auch die Kraft und das Vermögen, ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Baldwin und Chamberlain kann man aber als die Mitläufer der poincaristischen Einstellung zur Abrüstung bezeichnen. Sie gehen nach, weil die französische Beharrlichkeit eine von Paris abweichende Meinung unbedingt zu einer sehr merklichen Abmilderung der Beziehungen zwischen England und Frankreich gebracht hätte. Kann man daher es einem Lord Cecil überlassen, das er, dessen Politik augenblicklich die Abrüstung immer hintergedrängt wurde, endlich die Geduld verlor und diesen unmissverständlichen Abschiedsbrief schrieb? Herr Baldwin war zwar der Adressat, aber die Herren in Paris und Rom, schließlich auch in Warschau, werden beim Lesen dieser Zeilen wohl verstanden haben, daß sie nicht unbeeinträchtigt sind an den Vorwürfen, die Lord Cecil zu erheben sich gewagungen sind. Bemerkenwert ist allerdings, daß in dem Schreiben Lord Cecil nicht mit einem Wort der Rheinlandschaft der englischen Regierung Erwähnung getan wurde. Dies dürften wohl faktische, von Baldwin nicht ganz unbeflügelte Motive die Feder Cecil's etwas sorgfältig haben. Aber es genügt, einen kurzen Blick in die Londoner Presse zu tun, um zu erkennen, daß Chamberlain's Einstellung zur Rheinlandschaft zu einem wesentlichen Teil den Rücktritt Cecil's bedingte.

Es ist kaum anzunehmen, daß das Ausschneiden Lord Cecil's aus dem englischen Kabinett die gegenwärtige außenpolitische Lage irgendwie berühren wird. Anders sieht es mit dem innerpolitischen Folgen dieses Rücktritts in England selbst aus. Gerade die Art und Weise, wie die konservative Presse Londons verfuhr, diese unliebsame Affäre mit einem beschönigenden Mantelchen zu verdrängen und die Sache als gänzlich bedeutungslos hinzustellen, zeigt zum mindesten, daß eine Unruhe im Lande zu beschwichtigen ist. Dieser Ansicht ist eine Unruhe im eigenen Lager der konservativen Partei. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß der linke, freisinniglich eingestimmte Flügel der konservativen Partei Englands mit einer steigenden Unzufriedenheit die Abrüstungspolitik der Regierung und besonders auch ihre Finanzpolitik verfolgte. Es ist nicht zu verkennen, daß durch den Rücktritt Cecil's und besonders durch die Begründung, die er ihm gibt, diese Opposition im linken Flügel der englischen konservativen Partei bemerkenswerte Nahrung erhält, die ungleich härtere Energien auslösen könnte als bisher. Herr Lloyd George wird diese Wendung der Dinge nicht ungern beiraten. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Opposition innerhalb der konservativen Partei Englands schließlich doch noch zu einer Abstümmung führen wird, die dann mit sämtlicher Wahrscheinlichkeit der alten Idee Lloyd Georges, eine eigene englische Mittelpartei zu gründen, eine praktische Durchführungsmöglichkeit leisten wird. Diese Befürchtungen dürften wohl in der Hauptsache die Unruhe bedingen, die heute durch das Ausschneiden Lord Cecil's im konservativen Lager Englands Platz gegriffen hat. Inwiefern diese Befürchtungen berechtigt sind, bleibt allerdings abzuwarten. Immerhin zeigen sie, daß der Rücktritt Lord Cecil's und besonders der Inhalt seines an Baldwin gerichteten Schreibens nicht so bedeutungslos sind, wie dies bis heute von der offiziellen Presse Londons gerne verstanden wird.

Berminderung der belgischen Besatzung.

Paris. Der Brüsseler Korrespondent des Echo de Paris berichtet, daß gestern der Kabinettsrat beschlossen habe, die belgischen Besatzungsstruppen um ein Infanterieregiment in Stärke von 500 Mann zu vermindern. Die Berichtigung der Effektivbestände der drei Besatzungsarmeen soll unversätzlich vorgenommen werden.

Schlußfassung der Interparlamentarischen Friedensunion

Paris, 30. August. In der Nachmittagsitzung der Interparlamentarischen Friedensunion erklärte der Vorsitzende des Rates der Union, Hjalmar Branting (Dänemark), zum belgischen Antrag Magagnette, der in der Sitzung vom 28. August dem Rat zur Prüfung überwiesen worden war, der belgische Antrag proklamiere Grundzüge und Wahrheiten, an denen sich die Union seit ihrer Gründung immer bekennt habe. Der Friede unter den Völkern sei das höchste Ziel, dem die Vertretern aller Völker gelten müßten. Jede Anwendung von Gewalt an Stelle der internationalen Schlichtungsgerichtsbarkeit müsse entschieden abgelehnt werden; jede Verletzung der Verträge sowie jede Verletzung der Neutralität sei zu verurteilen. Wenn diese Grundzüge, so erklärte der Redner, dieser Auffassung entsprechen, woran ich nicht im geringsten zweifle, so bin ich auch der Ansicht, daß eine Debatte über die von Herrn Magagnette eingebrachte Resolution nicht zu eröffnen sei. Zum Schluß sprach der Präsident seine Empfindung für die belgische interparlamentarische Gruppe aus, die jetzt hoffentlich endgültig in den Schoß der Union zurückkehren werde. Diese Erklärung wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Darauf wurde die Abstimmung über die Resolution und den technischen Abrüstungsplan vorgenommen. Dem französischen Vorschlag gemäß wurden die Resolution und der technische Abrüstungsplan miteinander verbunden, jedoch mit der Abänderung, daß, um Unklarheiten zu vermeiden, an die Stelle des Ausdruckes „Abrüstung“ der Ausdruck „Verminderung der Rüstungen“ treten soll. In dieser Fassung wurde der Antrag des Ausschusses fast einstimmig angenommen; die amerikanische Delegation erwidert sich der Abstimmung.

Vor der Abstimmung gab im Namen der deutschen Gruppe Reichstagsabgeordneter Sellmann folgende Erklärung ab: Die deutsche Delegation ist mit dem Geiste der Friedens- und der Gleichberechtigung, der auch dem Text der neu entworfenen Resolution spricht, einverstanden. Sie erkennt an, daß die Abrüstung und Abrüstungsfragen miteinander verbunden sind; aber sie lehnt erneut die Aufmerksamkeit darauf, daß vier europäische Völker inmitten mehrerer militärischen Mächte bereits weitgehend entwaffnet sind und keine andere Sicherheit haben als die gewissen Verträge. Die deutsche Gruppe ist der Meinung, daß nur die allgemeine Abrüstung eine allgemeine Sicherheit und zeitliche Friedensbrücke bringen kann.

Nach Erörterung des Beschlusses in der Plenarsitzung wurde wieder gewählt — und nach der Bestimmung, daß der nächste Kongress in zwei Jahren in Berlin tagen soll, wurde die Tagung durch den Kommissionspräsidenten Quinson geschlossen.

Eine Rede Briands.

Paris. Der Minister des Auswärtigen Briand gab gestern abend zu Ehren der Interparlamentarischen Friedensunion — etwa 700 Personen — ein großes Bankett, auf dem er selbst das Wort ergriff. Er führte aus:

Es ist in der interparlamentarischen Konferenz viel die Rede gewesen von einem Friedenswert, mit dem ich selbst persönlich verbunden bin. Dieses Werk ist die erste Gründung eines allgemeinen Baus, der hätte größer sein sollen. Ich zweifle nicht daran, daß dieses Unternehmen eines Tages mit mehr Erfolg fortgesetzt werden kann. Aber bereits jetzt bedeutet es schon etwas, daß das System von Abkommen, abgeschlossen zwischen den Konfliktstaaten am meisten ausgebreiteten Ländern, den Jähsturz zur Gewalt auf sämtlichen Grenzen Europas ausschließt, und zwar im Osten sowohl wie im Westen. Auf jeden Fall machte ich, ein französischer Minister, keine Geheimnisse, öffentlich anzuerkennen, daß deutsche Staatsmänner dadurch, daß sie die Auffassung derartiger Abkommen sich zu eigen machen und

Deutscher Wahltag in Memel.

Berlin. Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen über die Wahlen im Memellande läßt sich erkennen, daß sich die Zusammenlegung der Parteien nicht viel ändern wird, und wieder mit einem glänzenden Sieg der deutschen Kulturgesellschaft im Memelgebiet gerechnet werden darf.

Memel, 31. August. Gegen 1 1/4 Uhr lag das amtliche Gesamtergebnis der Wahlen aus der Stadt Memel vor. Wahlberechtigt waren 20 100 (Oktober 1925: 10 778); gewählt haben 14 591 (17 113), so daß die Wahlbeteiligung etwa 78 Prozent (85 Prozent) beträgt. Es haben erhalten: Memelländische Volkspartei 5548 (12 179) St., Landwirtsch. Partei 740 (209) St., Sozialdemokraten 1349 (2948) St., Kommunisten 2992 (1148) St., die Partei zur Abwehr des Aufwertungsdrucks (Kombi-Partei) 88 (0) St., die litauischen Parteien zusammen 1280 (504) St. Trotz der bedeutend geringeren Wahlbeteiligung ist das Bild ungefähr das gleiche geblieben wie 1925. Was seit 1925 durch die Option verloren gegangen ist, ist diesmal ersetzt worden durch die ausgewanderten litauischen Staatsbürger, die gemäß der Genser Vereinbarung mitwählen dürfen, obwohl sie noch nicht das Bürgerrecht des Memelgebietes besitzen.

Aus den Wahlbezirken liegen bisher nur die Ergebnisse aus einem Viertel der Stimmbezirke vor. Es ergibt sich daraus folgende Tabelle: Volkspartei 1431 St., Landwirt-

ihre Verpflichtungen übernehmen, großen Mut gezeigt haben und einen wirklichen Friedensgeist, und daß sie einen Anspruch haben auf die Bekämpfung, die wir jetzt leisten müssen, und daß ich für meinen Teil entschlossen bin, das mit sämtlichen unserer Mitunterzeichner unternommene Werk fortzusetzen.

Damit die Völker unter dieser Auffassung sich tatsächlich den Nutzen des Friedens sichern, müssen sie sich des Respekts klar bewußt werden, den man vor dem Abkommen hegen muß. Sie müssen für ihre Regierungen daraus eine Regel zu machen verstehen; sie müssen sich mit ihrer ganzen Seele diesem Befehl zuwenden. Eine papierne Grenze, d. h. eine solche, die konventionell festgelegt ist, ist gefährlich und unberührbar. Man muß sie ohne Hintergedanken respektieren; man darf nicht versuchen, um sie zu erschüttern, zu erschüttern zu greifen, so getreulich sie auch sein mögen. Dieser Gehalt einer internationalen öffentlichen Meinung muß eine Organisation wie die Interparlamentarische Union ihre Hilfe anwenden lassen. Es ist ein ziemlich großes Werk, alle Unterstützung und familiäre Energien hierfür zu gewinnen. Es handelt sich um nichts weiter, als den Weltfrieden auf legalem Boden zu fundieren.

Die zivilisierten Völker müssen das zeitliche und geistige Erbe in seiner Gesamtheit zu beurteilen lernen, das allen gehört, und müssen sich bewußt sein, daß sie dadurch in seiner Weise sich an ihrem nationalen Geistes zu greifen. Es genügt aber nicht, das Werk zu beurteilen und zu brechen; man muß auch noch sicherstellen. Es ist Zeit zu begreifen, daß für die zivilisierte Welt der Friede nicht ein Luxus, sondern eine vitale Notwendigkeit ist. Ueberlegung, Vernunft und guter Wille sind die wenig glänzenden Waffen des Friedensdieners, und ihre Handhabung ist von äußerster Delikatesse. Der den Frieden will, muß sich ihm vollkommen hingeben, und in dieser vollkommenen Selbstaufgabe, wie sie allein eine leidenschaftliche Liebe zu ihm eingeben kann, muß er doch bereit sein, die Ansehens- ein lauer Patriot zu sein, über sich ergehen lassen.

Der dem Frieden dienen will, muß bereit sein, gegen zwei Fronten zu kämpfen; denn gleichzeitig muß er das Mißtrauen seiner Landsleute bekämpfen und das Ausland von seiner ehrlichen Absicht überzeugen, um selbst ein Opfer der Täuschung hinsichtlich des guten Glaubens zu werden, den man ihm befundet. Briand wandte sich zum Schluß an die Mitglieder der Interparlamentarischen Union mit dem Aufforderung, heimatlich zurück zu kehren und sich von diesem Gedanken leiten zu lassen.

Was Frankreich betreffe, so sei es von einem brennenden Friedenswunsche befeuert. Die Interparlamentarische Union müsse mit den Vertretern des Völkerbundes Hand in Hand gehen. Man müsse den anderen den Selbstvertrauen und die Fronte überlassen. Vor der Schwelle einer großen Öffnung, so schloß Briand, begrüße ich in Ihnen die Dienen der besten Sache. Der Friede ist unter den Umständen, in denen wir uns befinden, nicht der Friede zwischen Nationen, er ist auch der soziale Friede, die beste Patrie, hinter der die Zivilisation sich verteidigen kann, die solideste Grenzwehr gegen den Bürgerkrieg, die Barbarei und die Anarchie. Auf den Weltfrieden erhebe ich mein Glas!

M. Briand gebietet hatte, erhoben sich die 700 Delegierten und brachten ihm minutenlange körperlliche Ovationen. Darauf führte der deutsche Reichstagsabgeordnete Prälat Witzke aus: Nationale und internationale Beziehungen widersprechen einander nicht; richtige ansatzlos fördern sie einander. Gute internationale Beziehungen sind wiederum notwendig, um die eigene Nation zu erhalten und vorwärts zu bringen. Frieden wollen wir für die Gegenwart und für die Zukunft. Die Hand besteht, die heranwachsende Nation für den Frieden zu erziehen. Das deutsche Volk in seiner ausschlaggebenden Mehrheit steht eifrig in der heiligen Allianz zur Erhaltung des Friedens.

Wahltag 1927. Sozialdemokraten 1790 St., Kommunisten 476 St., Kombi-Partei 430 St., litauische Parteien 1506 St. An Hand des Wahlergebnisses der Stadt Memel läßt sich voraussagen, daß auch auf dem Lande die Zusammenlegung der Parteien sich nicht viel ändern wird. Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse ergeben jedenfalls wieder einen glänzenden Sieg der deutschen Kulturgesellschaft im Memelgebiet.

Hendefrag, 31. August. Das vorläufige Wahlergebnis der Stimmabgabe in Hendefrag ist folgende: Volkspartei 1052 St., Landwirtsch. Partei 249 St., Sozialdemokraten 425 St., Kommunisten 19 St., litauische Parteien zusammen 129 St.

Die Herbstmünder in Frage gestellt?

Stettin. (Telunion). Der Hilferuf der pommerischen Landwirtschaft an das Wehrkreiskommando Stettin, das Mittel zur Einbringung der durch Unwetter gefährdeten Ernte herauszugeben, hat die Militärbehörden veranlaßt, bei durch die Landräte beschleunigtem Notstand Mannschaften und Pferde zur Verfügung zu stellen.

Die Notlage der pommerischen Landwirtschaft kann unter Umständen dazu führen, daß die für den 12.-20. September auf Rügen und in Vorpommern angeordneten Wanderversammlungen abgelehnt werden. Die Entscheidung darüber wird aber erst in einigen Tagen fallen können.